Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, Rechnung getragen.

Eine erste bedeutsame Besonderheit besteht in der Möglichkeit, von der *Strafverfolgung abzu- sehen* (§§ 67, 68 StGB; §§ 75, 76 StPO). Dieses Absehen von der Strafverfolgung, das prozessual im Wege der Einstellung nach §§ 75, 76 StPO erfolgt, ist zwar keine Maßnahme strafrechtlicher Verantwortlichkeit, jedoch ein staatlich-rechtlicher Akt der Organe der Rechtspflege, der voraussetzt, daß die individuelle Verantwortlichkeit des Jugendlichen für das Vergehen einwandfrei festgestellt worden ist. Mit dieser Regelung wird das Anliegen verfolgt, *bei nicht erheblich gesellschaftswidrigem Vergehen* Jugendlicher die Zwecke der strafrechtlichen Verantwortlichkeit durch Erziehungsmaßnahmen staatlicher oder gesellschaftlicher Erziehungsträger zu erreichen, ohne strafrechtliche Sanktionen anzuwenden. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß die einzuleitenden Erziehungsmaßnahmen eine *Reaktion auf die Straftat* sind; sowohl vom Jugendlichen als auch von seiner sozialen Umwelt (zum Beispiel Klassenkollektiv) müssen sie als solche verstanden werden. Der Jugendliche muß sich für seine Straftat zur Verantwortung gezogen fühlen; der Tatbezug darf nicht verlorengehen.

Die Regelung des Absehens von der Strafverfolgung (vgl. § 67 StGB) sieht *zwei grundverschiedene Fälle* vor:

Der *Absatz 1* bezieht sich auf einen Jugendlichen mit sozialer Fehlentwicklung, mit dem sich - erstmals oder erneut - die *Organe der Jugendhilfe* zu befassen haben. Bei solchen Jugendlichen liegt das Schwergewicht bei weiteren sozialpädagogischen Aktivitäten, weshalb im Sinne der Arbeitsteilung alles weitere der Verantwortung der Organe der Jugendhilfe obliegt.

Wenn die Organe der Jugendhilfe zum Beispiel bereits eine Heimeinweisung angeordnet haben, ehe die Straftat bekannt wird, wird der Jugendliche in einem solchen Fall die Maßnahme der Heimerziehung schwerlich als Reaktion auf seine Straftat empfinden. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, ob von der Strafverfolgung abgesehen werden kann oder ob im Einzelfall strafrechtliche Sanktionen (zum Beispiel Verurteilung auf Bewährung) doch notwendig sind.

Der *Absatz 2* betrifft *Jugendliche, die nicht sozial fehlentwickelt sind* und bei denen daher kein Anlaß besteht, die Organe der Jugendhilfe einzuschalten. Bei diesen Jugendlichen ist die notwendige weitere Erziehung, auch das Bewuß-

machen ihrer Verantwortung, in ihren normalen familiären Erziehungsverhältnissen, in ihrem Schüler-, Lehrlings- oder Arbeitskollektiv zu gewährleisten.

In aller Regel wird bereits im Ermittlungsverfahren von der Strafverfolgung abgesehen. Die Gerichte haben deshalb sehr selten Veranlassung, eine solche Entscheidung gemäß § 68 StGB zu treffen.

Das *System der Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Jugendliche* umfaßt folgende Reaktionsmöglichkeiten (vgl. § 69 StGB):

- Übergabe der Strafsache an ein gesellschaftliches Gericht zur Beratung und Entscheidung unter den Voraussetzungen des § 28 StGB und nach Feststellung der Schuldfähigkeit (vgl. § 66 StGB). Dabei können Strafsachen von Schülern nur an die Schiedskommissionen, von Lehrlingen oder jungen Arbeitern in der Regel an die Konfliktkommissionen, aber auch an Schiedskommissionen übergeben werden;

Auch in diesen Fällen sind bei der Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Jugendlichen seine entwicklungsbedingten Besonderheiten zu berücksichtigen (vgl. § 8 Abs. 2 KKO bzw. SchKO), wobei die Erziehungsberechtigten zur Beratung hinzuzuziehen sind (vgl. § 4 Abs. 2 KKO bzw. SchKO).

Die Höhe der Geldbuße ist auf 300 Mark begrenzt (vgl. § 28 Abs. 1 KKO; § 26 Abs. 1 SchKO). Der minderjährige Jugendliche ist gemäß § 348 Abs. 2 ZGB auch ohne Einwilligung der Eltern rechtlich in der Lage, sich zum Schadenersatz zu verpflichten bzw. dazu verpflichtet zu werden. Voraussetzung für Auferlegung von Geldbuße und Verpflichtung zur finanziellen Schadenersatzleistung ist, daß der Jugendliche über eigene Mittel verfügt.

- Auferlegung besonderer Pflichten durch das Gericht bei Vergehen (vgl. § 70 StGB);
- Straffen ohne Freiheitsentzug, und zwar Verurteilung auf Bewährung (vgl. §§ 33, 34, 72 StGB), Geldstrafe als Hauptstrafe (vgl. §§ 36, 73 StGB), öffentlicher Tadel (vgl. § 37 StGB);
- Strafen mit Freiheitsentzug, und zwar Jugendhaft (vgl. § 74 StGB), Freiheitsstrafe (vgl. §§ 39, 40, 76 StGB);

Bei jugendlichen Straftätern ist der Anwendungsbereich der Strafen ohne Freiheitsentzug gemäß § 71 StGB grundsätzlich erweitert; bei Vergehen Ju-